

Trumps Politik wird die Entwicklungsländer zur Ablehnung der Klima-Agenda ermutigen

geschrieben von Chris Frey | 26. Februar 2025

Vijay Jayaraj

Präsident Donald J. Trumps epochaler Wandel in der Energiepolitik wird weit über die Grenzen der USA hinaus zu spüren sein. Sein Ausstieg aus dem Pariser Abkommen, die Ausweitung der amerikanischen Öl- und Gasexporte, die Beendigung des Green New Deal und die Abschaffung der Aussicht auf Kohlenstoffzölle sind ein Rettungsanker für Entwicklungsländer, die mit chronischer Energiearmut zu kämpfen haben.

Wenn die Vereinigten Staaten eine Kehrtwende vollziehen, überdenken andere Länder ihre Positionen. Nirgendwo wird eine Änderung der energiepolitischen Dynamik so willkommen sein wie in den Entwicklungsländern, deren Notwendigkeit, den Zugang zu Energie zu verbessern, mit dem Druck kollidiert, sich dem wachstumsfeindlichen, antihumanistischen und dystopischen Pariser Klimaabkommen der westlichen Herren zu unterwerfen.

Viele Entwicklungsländer äußern seit langem ihre Frustration darüber, dass die Klimaagenda ihr Wirtschaftswachstum einschränkt. Indien und China zum Beispiel haben immer wieder betont, dass sie Flexibilität brauchen, um ihren eigenen Energiemix zu bestimmen, und dass der Zugang zu erschwinglichen fossilen Brennstoffen entscheidend ist, um Millionen von Menschen aus der Armut zu befreien.

In ähnlicher Weise haben Nationen in ganz Afrika argumentiert, dass zu ihren Entwicklungsprioritäten die Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen – einschließlich Kohle, Erdöl und Erdgas – gehören muss, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu erfüllen.

Nehmen wir zum Beispiel Nigeria. Das Land mit seinen beträchtlichen Erdgasreserven ist gefangen zwischen dem internationalen Druck, die Nutzung von Kohlenwasserstoffen einzuschränken, und der dringenden Notwendigkeit, seine wachsende Bevölkerung mit Strom zu versorgen. Internationale Finanzmärkte, die fossilen Brennstoffen gegenüber aufgeschlossener sind, könnten Nigerias Pläne zur Monetarisierung seiner Erdgasressourcen und zum Ausbau der heimischen Stromerzeugung beschleunigen.

Yemi Osinbajo, ein ehemaliger nigerianischer Vizepräsident sagte: „Die Afrikaner brauchen mehr als nur Licht zu Hause. Wir wollen Energie in Hülle und Fülle, um Arbeitsplätze in Industrie und Handel zu schaffen.“

Um in vollem Umfang an der Weltwirtschaft teilzunehmen, brauchen wir eine zuverlässige, kostengünstige Energieversorgung“.

Globale Implikationen der Energie-Expansion der USA

Eine der bemerkenswertesten Auswirkungen von Trumps Energiepolitik ist ein erwarteter Anstieg der Exporte von verflüssigtem Erdgas (LNG) aus den USA, welche die Bearbeitung von Genehmigungsanträgen für neue LNG-Projekte wieder aufnehmen werden, die vom ehemaligen Präsidenten Biden unterbrochen worden war.

Für die Entwicklungsländer bedeutet dies eine zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen – ein krasser Gegensatz zur intermittierenden Energie von Solar- und Windprojekten, die von klimafreundlichen Finanzinstituten bevorzugt wurden.

Energiearmut ist in vielen Teilen Afrikas südlich der Sahara, Südasiens und Lateinamerikas nach wie vor ein lähmendes Hindernis. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) sind weltweit fast 800 Millionen Menschen ohne Strom, während 3 Milliarden auf qualmende Biomasse zum Kochen angewiesen sind.

Durch die Ausweitung des weltweiten LNG-Angebots bietet Trump diesen Ländern die Möglichkeit, auf saubereres Erdgas umzusteigen. Zu den Vorteilen gehören weniger Abholzung, geringere Luftverschmutzung in Innenräumen und die Chance auf mehr Wirtschaftswachstum.

Indien hat bereits in LNG-Terminals in den USA investiert und wird seine Importe erhöhen, da die Nachfrage seines 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Landes steigt.

Darüber hinaus wird ein erhöhtes LNG-Angebot die weltweiten Reserven stabilisieren und die Anfälligkeit der Energie importierenden Länder für geopolitische Störungen verringern. Energie im Überfluss ist eine Voraussetzung für Stabilität und Wohlstand – eine Tatsache, die die Entwicklungsländer nur zu gut kennen und die von den Klimabesessenen unterschätzt wird.

Keine Kohlenstoffzölle: Ein Segen für Entwicklungsländer

Während sich viele Experten über Trumps vorgeschlagene Einfuhrzölle aufregen, erkennen sie nicht an – oder versäumen es zumindest, anzuerkennen -, dass viele Menschen in den Entwicklungsländern wahrscheinlich froh sind, dass die Kohlenstoffzölle der Klimaagenda nicht Teil von Trumps Steuerregelung sein werden.

Kohlenstoffzölle, ein Liebling der Klimaschützer auf beiden Seiten des Atlantiks, sollen die Hersteller – und Nutzer – von kohlenstoffintensiven Waren bestrafen. In der Praxis wirken sie jedoch wie eine regressive Steuer auf Entwicklungsländer, von denen viele nicht über die finanziellen und technologischen Mittel zur „Dekarbonisierung“

ihrer Industrien verfügen.

Für Länder wie Indien, das nach Ansicht von Außenminister S. Jaishankar dem Wirtschaftswachstum Vorrang vor starren Klimazielen einräumen muss, stellt die kohlenstoffsteuerfreie Zukunft eine dringend benötigte Gnadenfrist dar. Sie gleicht die Wettbewerbsbedingungen aus und ermöglicht es den Entwicklungsländern, auf den globalen Märkten zu konkurrieren, ohne die unverhältnismäßige Last der erzwungenen Emissionsreduzierungen zu tragen. Ja, Trump hat mit weiteren Zöllen gedroht, aber dieses Problem kann auf diplomatischem Wege gelöst werden.

Fossile Brennstoffe machen immer noch mehr als 80 % des weltweiten Primärenergieverbrauchs aus. Länder wie China, Indien und Indonesien bauen ihre Infrastrukturen für die Produktion, den Import und die Nutzung von Kohlenwasserstoffen aus, obwohl sie sich verpflichtet haben, unmögliche Klimaziele zu erreichen.

Mit Trumps kühnem Schritt werden diese Länder nicht länger das Bedürfnis haben, sich hinter dem Deckmantel der Klimapolitik zu verstecken.

Trump's Ablehnung der Klimaorthodoxie deckt sich mit den Bestrebungen der Entwicklungsländer, die Energiesicherheit gewährleisten und die Armut überwinden wollen. Es ist zu erwarten, dass diese Länder ermutigt werden, ihre bevorzugten Energiestrategien offener zu verfolgen und das Pariser Abkommen selbst ebenfalls zu verlassen.

Vijay Jayaraj is a Science and Research Associate at the [CO₂Coalition](#), Fairfax, Virginia. He holds an M.S. in environmental sciences from the University of East Anglia, U.K., a postgraduate degree in energy management from Robert Gordon University U.K., and a bachelor's in engineering from Anna University, India.

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/02/22/trump-policy-will-embolden-developing-world-to-reject-climate-agenda/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Das Pariser Klimaabkommen ist am

Ende!

geschrieben von Chris Frey | 26. Februar 2025

H. Sterling Burnett

Mit der Geschichte als Leitfaden und zwei Monaten Vorbereitungszeit für die Ankündigung gab es relativ wenig Jammern und Zähneknirschen, als Präsident Donald Trump an seinem ersten Tag im Amt die Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen ließ (zum zweiten Mal; beim ersten Mal 2017 war das Wehklagen viel größer). Trotz der Bemühungen von Politikern und einflussreichen Persönlichkeiten in den USA und auf internationaler Ebene, Trump zum Verbleib im Pariser Abkommen zu ermutigen, war die Botschaft deutlich zu vernehmen.

Trump hat den Klimawandel wiederholt als Schwindel und das Green New Deal als Betrug bezeichnet. Trumps Worte könnten auf seine Einschätzung der ruchlosen Machenschaften hindeuten, bei denen Klimaforscher im Laufe der Jahre ertappt wurden, sowie auf die Halbwahrheiten und Unwahrheiten, mit denen diese Klimaforscher hausieren gegangen sind, um mehr Geld für sich selbst zu erhalten und politische Maßnahmen zu beeinflussen. Alternativ könnten Trumps Äußerungen ein Zeichen dafür sein, dass er verstanden hat, dass das Pariser Abkommen Amerika zum Narren gehalten hat und ein Versuch war, die Vereinigten Staaten und die Industrienationen zur Deindustrialisierung zu zwingen, während unsere geopolitischen und wirtschaftlichen Rivalen, insbesondere China, Indien und Russland, ihre Entwicklung mit fossilen Brennstoffen fortsetzen. Unabhängig von seinen Motiven sagte Trump, er werde die Vereinigten Staaten (wieder!) aus dem Pariser Abkommen herausnehmen, und das hat er getan. Ich hoffe, dass es dieses Mal dabei bleibt.

Trump ging jedoch noch weiter und unterzeichnete den [Erlass](#) „Putting America First in International Environmental Agreements“. Dieser Erlass hob Amerikas Unterstützung für jedes Klimaabkommen auf, das nach dem ersten Vertrag der UN-Klimarahmenkonvention geschlossen wurde, dem die Vereinigten Staaten im Oktober 1992 durch die Ratifizierung im Senat beigetreten sind. Dazu gehören beispielsweise das Kyoto-Protokoll von 1997, der Anpassungsfonds von 2001, der Bali-Aktionsplan von 2007, die Kopenhagener Vereinbarung von 2009, der Warschauer Internationale Schadenersatzprozess von 2013, die Lima-Paris-Aktionsagenda von 2014 und das neue kollektive quantifizierte Ziel für die Klimafinanzierung von 2024.

Trump erklärte, warum der Erlass notwendig war, und schrieb:

In den letzten Jahren haben sich die Vereinigten Staaten internationalen Abkommen und Initiativen angeschlossen, die weder die Werte unseres Landes noch unseren Beitrag zur Verfolgung wirtschaftlicher und ökologischer Ziele reflektieren. Darüber hinaus lenken diese Abkommen

das Geld der amerikanischen Steuerzahler in Länder, die keine finanzielle Unterstützung im Interesse des amerikanischen Volkes benötigen oder verdienen.

Schon vor Trumps Schritt stand das Pariser Abkommen auf der Kippe. Wie ich bereits 2017 schrieb, war es von Anfang an zum Scheitern verurteilt, sowohl strukturell als auch inhaltlich:

Selbst wenn alle Vertragsparteien ihre Verpflichtungen einhalten würden, würde der Temperaturanstieg auf der Erde nach Ansicht der meisten ehrlichen Analysten die 2 Grad Celsius überschreiten, die nach Ansicht der Vertragsparteien katastrophale Folgen zeitigen.

Jetzt gestehen sogar die Vereinten Nationen (UN) diese Tatsache ein.

Ein Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) vom 31. Oktober 2017 kommt zu dem Schluss, dass die Temperaturen bis zum Jahr 2100 immer noch um 3 Grad Celsius steigen werden, selbst wenn sich alle Länder an die in Paris eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung oder Begrenzung der Treibhausgase bis 2030 halten, was bestenfalls eine zweifelhafte Behauptung ist.

Um es klar zu sagen: Die 2,0 °C waren das absolute Maximum, während 1,5 °C die angestrebte Obergrenze darstellte. Ungeachtet der Tatsache, dass die am längsten gewartete und überwachte [Temperatur-Messstation](#) darauf hindeutet, dass wir zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Pariser Abkommens bereits zwei Grad überschritten hatten, signalisierte das Jahr 2024 zweifellos das Scheitern des Pariser Abkommens, und zahlreiche Panikmacher verkündeten in den Mainstream-Medien, dass die 1,5-Grenze seit mehr als einem Jahr jeden Monat überschritten wurde. Bislang hat sich trotz aller Warnungen noch keine Katastrophe abgezeichnet, aber warten Sie nur ab, sagen die Befürworter von Paris: Wenn jetzt nicht sofort gehandelt wird, kommt der katastrophale Klimawandel wirklich, und dieses Mal meinen sie es ernst.

Die Prognosen der Alarmisten haben sich noch [nie](#) bewahrheitet.

Was sollen wir vor diesem Hintergrund von anderen Nachrichten über das Pariser Klimaabkommen halten, die sich auf die Klimamaßnahmen anderer Regierungen beziehen?

Die BBC berichtet, dass eine Reihe von Ländern, die dem Pariser Klimaabkommen beigetreten sind, offen darüber diskutieren, ihre Verpflichtungen nicht einzuhalten, ohne offiziell aus dem Vertrag auszusteigen. Argentinien, Indonesien (einer der zehn größten CO₂-Emittenten der Welt), Südafrika (Afrikas größter Emittent) und Südkorea, neben anderen Ländern, die sich angeblich verpflichtet haben, die Nutzung fossiler Brennstoffe einzuschränken und ihre Emissionen zu reduzieren, sagen nun offen, dass sie ihre heimischen Kohle-, Erdgas- und Erdölreserven erkunden und ausbeuten werden, und weitergehend sagen sie, dass sie hoffen, diese Produkte aus den Vereinigten Staaten zu

importieren.

Zumindest einige der führenden Politiker dieser Länder geben Trump die Schuld für ihre „neue“ Haltung gegenüber fossilen Brennstoffen.

„Wenn die Vereinigten Staaten das internationale Abkommen nicht einhalten wollen, warum sollte sich dann ein Land wie Indonesien daran halten?“, sagte Hashim Djojohadikusumo, Indonesiens Sonderbeauftragter für Klimawandel und Energie. „Dennoch werden wir aufgefordert, unsere Kraftwerke zu schließen. ... Wo ist hier also der Sinn für Gerechtigkeit?“

Djojohadikusumo und alle anderen, die die Vereinigten Staaten für den Rückzug aus einem Abkommen verantwortlich machen, dem sie weiterhin angehören, vergießen Krokodilstränen. Jedes einzelne Land, das jetzt sagt, es wolle mehr fossile Brennstoffe, hat in der Tat seinen Verbrauch an fossilen Brennstoffen erhöht, lange bevor Trump wiedergewählt wurde und lange bevor er die Vereinigten Staaten aus dem Pariser Abkommen herausgeholt hat. Tatsächlich hat kein Land, das sich im ersten Pariser Verpflichtungszeitraum konkrete Ziele für Emissionsreduzierungen gesetzt hat, nennenswerte Fortschritte bei der Erfüllung seiner Ziele gemacht. Nichts, nada, zilch.

Ein weiterer Beweis dafür, dass das Pariser Abkommen tot ist, ist ein Bericht von YahooNews.com. Von den fast 200 Ländern, die das Pariser Abkommen unterzeichnet haben, haben nur 10 ihre aktualisierten Kohlenstoffreduktions-Verpflichtungen fristgerecht am 10. Februar eingereicht. Das macht 190 Gesetzesbrecher. Und selbst diese zehn Länder haben ihre früheren Verpflichtungen zur Verringerung der Kohlenstoffemissionen nicht eingehalten. Man fragt sich, warum sie sich die Mühe gemacht haben, strengere Ziele festzulegen, wenn sie ihre früheren Ziele nicht erreicht haben und sich nicht einmal in die richtige Richtung bewegten.

Der Yahoo-Artikel berichtet:

Im Rahmen des Klimaabkommens soll jedes Land eine steilere Leitzahl für die Senkung der wärmespeichernden Emissionen bis 2035 vorlegen und einen detaillierten Plan, wie dies erreicht werden soll.

Die weltweiten Emissionen sind zwar gestiegen, müssen aber bis zum Ende des Jahrzehnts fast halbiert werden, um die globale Erwärmung auf die im Pariser Abkommen vereinbarten sicheren Werte zu begrenzen.

UN-Klimachef Simon Stiell bezeichnete diese jüngste Runde nationaler Zusagen als „die wichtigsten politischen Dokumente dieses Jahrhunderts“.

Doch nur eine Handvoll großer Umweltverschmutzer hat ihre Ziele rechtzeitig nach oben korrigiert, wobei China, Indien und die Europäische Union die größten Namen auf einer langen Liste von Abwesenden sind.

Das Pariser Klimaabkommen sieht keine durchsetzbaren Sanktionen vor. Es war von Anfang an ein Papiertiger.

Der Philosoph Thomas Hobbes hat in einer wunderbaren Wendung vor Jahrhunderten das Ergebnis jedes bisherigen Klimaabkommens treffend vorausschauend beschrieben, als er im Leviathan schrieb: „Pakte sind ohne das Schwert nur Worte und haben keine Kraft, einen Menschen zu sichern.“ Das beschreibt kurz und bündig jedes einzelne der bisherigen Klimaabkommen.

Quellen: [Yahoo.com](#); [BBC](#); [Climate Change Weekly](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-535-paris-climate-treaty-is-going-down/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Lügen Klimawissenschaftler bezüglich ihrer Arbeit, um sich US-Forschungsgelder zu sichern?

geschrieben von Chris Frey | 26. Februar 2025

[Eric Worrall](#)

[Alle Hervorhebungen in dieser Übersetzung aus dem Original übernommen]

„... Ich habe den Zuschuss immer noch, weil ich den Titel geändert habe ...“

Aufschrei, als Trump die Unterstützung für Forschung zurückzieht, die das Thema „Klima“ erwähnt.

US-Regierung streicht Gelder aus in- und ausländischer Forschung inmitten von Warnungen über Gesundheit und öffentliche Sicherheit

[Oliver Milman](#) – Fri 21 Feb 2025 23.00 AEDT

Die Trump-Regierung streicht die Unterstützung für wissenschaftliche Forschung in den USA und in Übersee, die ein Wort enthält, das ihr besonders unangenehm ist: „Klima“.

...

Forscher sagten, dass Arbeiten, in denen das Klima erwähnt wird, besonders ins Visier genommen werden. Ein Umweltwissenschaftler, der im Westen der USA arbeitet und nicht namentlich genannt werden möchte sagte, dass sein zuvor gewährter Zuschuss vom Verkehrsministerium für die Klimaanpassungsforschung zurückgezogen worden sei, bis er ihn umbenannt habe, um das Wort „Klima“ zu entfernen.

„Ich habe den Zuschuss noch, weil ich den Titel geändert habe“, sagte der Wissenschaftler. „Mir wurde gesagt, dass ich dies tun müsse, bevor der Titel des Zuschusses auf der Website des US-Verkehrsministeriums veröffentlicht wurde, damit ich ihn behalten könne. Die Erklärung war, dass die Prioritäten der derzeitigen Regierung den Klimawandel und andere Themen, die als ‚woke‘ gelten, nicht einschließen.“

...

Kaarle Hämeri, Kanzler der Universität Helsinki in Finnland, sagte, die Beschreibungen für Fulbright-Stipendien seien geändert worden, um die Wörter „Klimawandel“ sowie „gerechte Gesellschaft“, „integrative Gesellschaften“ und „Frauen in der Gesellschaft“ zu entfernen oder zu ändern.

...

Mehr:

<https://www.theguardian.com/environment/2025/feb/21/trump-scientific-research-climate>

Habe ich das richtig gelesen?

Hat ein anonymes Klimawissenschaftler gerade zugegeben, dass er sich verschworen hat, die US-Regierung zu betrügen, damit sie Gelder für eine Klima-Studie bereitstellt, indem er den Titel der Studie in eine Lüge verwandelt hat?

Wie viele Klimawissenschaftler sind bereit, die Wahrheit zu verbiegen, um ihren Zugang zu staatlichen Fördergeldern zu behalten?

Wie viel Geld erhalten die schwindelnden Studenten und Fakultätsmitglieder der Universität von Helsinki von der US-Regierung?

Wie tief ist die Fäulnis, wenn der Kanzler einer großen Universität es offenbar für in Ordnung hält, positiv über Studenten zu sprechen, die versuchen, die US-Regierung zu täuschen, indem sie die Titel ihrer Stipendienanträge umformulieren, um die von der Trump-Regierung auferlegten Beschränkungen zu umgehen? Um fair zu sein, vielleicht hat der Kanzler das Verbiegen der Wahrheit verurteilt, um Fulbright-Stipendien zu erhalten, und der Reporter des Guardian, Oliver Milman, hat vergessen, die Verurteilung des Kanzlers in seinen Artikel aufzunehmen.

Ich habe das Fulbright-Programm nachgeschlagen, das Stipendienprogramm, das laut dem Kanzler oder der Universität Helsinki angeblich missbraucht wird:

Fulbright-Programm

...

Das Programm wurde 1946 von **US-Senator J. William Fulbright** ins Leben gerufen und gilt als eines der renommiertesten Stipendien in den Vereinigten Staaten.[1] Das Programm **vergift jährlich rund 8.000 Stipendien**, davon etwa 1.600 an US-Studenten, 1.200 an US-Stipendiaten, **4.000 an ausländische Studenten, 900 an ausländische Gastwissenschaftler und mehrere hundert an Lehrer und Fachleute.**[2]

...

Mehr: https://en.wikipedia.org/wiki/Fulbright_Program

Einiges scheint klar zu sein:

1. Zumindest einige Klimawissenschaftler scheinen es für akzeptabel zu halten, die US-Regierung zu täuschen und zu betrügen, um sich den Zugang zu staatlichen Fördergeldern zu sichern oder zu erhalten.

2. Die US-Regierung muss untersuchen, welche Ratschläge Klimawissenschaftler erhalten, die sich um Zuschüsse bemühen, und wer diese Ratschläge erteilt, falls der Rat, den Titel der klimawissenschaftlichen Arbeit zu ändern, um die Beschränkungen für Forschungszuschüsse zu umgehen, von Beamten stammt, die für die US-Regierung arbeiten.

3. Die DOGE wird sehr viel tiefer graben müssen als in den Titeln von Anträgen auf Forschungszuschüsse, um zu verhindern, dass Klimawissenschaftler die Bemühungen der Trump-Regierung, die Vergabe von Bundeszuschüssen zu steuern, ins Lächerliche ziehen.

4. Wenn alarmistische Klimawissenschaftler bereit sind, zu lügen und zu betrügen, um ihren Zugang zu Bundeszuschüssen zu erhalten, worüber lügen sie dann noch?

Ich sage nicht, dass Klimawissenschaftler an der Forschung gehindert werden sollten. Ich unterstütze voll und ganz das Recht selbst der alarmistischsten Klimawissenschaftler, ihr eigenes Geld von staatlichen Regierungen oder anderen Organisationen oder Einzelpersonen zu beschaffen, die den Klimawandel für eine Bedrohung halten. Die Veröffentlichung von Unsinn ist freie Meinungsäußerung, und die freie Meinungsäußerung ist durch die US-Verfassung geschützt. Aber keine Regierung ist oder sollte dazu verpflichtet sein, Steuergelder für Forschungen auszugeben, die sie nicht für vorrangig hält.

Dieser Guardian-Artikel hat zumindest einen positiven Aspekt. Dank des

Guardian-Reporters Oliver [Milman](#) kennen wir jetzt den Namen eines von der US-Regierung finanzierten Programms für Forschungsstipendien in Übersee, das angeblich von schwindelnden Klimawissenschaftlern missbraucht wird – das [Fulbright-Programm](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/02/21/are-us-climate-scientists-lying-about-their-work-to-secure-grants/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Trump entlässt US-Wissenschaftler aus dem IPCC-Bericht: Die Klimaille bekommt einen schweren Schlag

geschrieben von Chris Frey | 26. Februar 2025

[Charles Rotter](#)

Die Trump-Regierung hat Wissenschaftlern der US-Regierung einen Arbeitsstopp verordnet und sie damit aus dem nächsten großen IPCC-Bericht ausgeschlossen, der 2029 erscheinen soll. Mit dieser Entscheidung werden amerikanisches Fachwissen und Finanzmittel aus einem Prozess abgezogen, der sich lange Zeit auf beides gestützt hat, um seine düsteren Aussagen zu untermauern. Für diejenigen, die beobachtet haben, wie der IPCC eine überhitzte Vorhersage nach der anderen herausbrachte, ist es eine gewisse Genugtuung zu sehen, dass das Klima-Establishment gezwungen ist, ohne seinen größten Wohltäter weiterzuhinken.

Die Richtlinie stoppt die Beiträge der US-Bundeswissenschaftler zum siebten Bewertungsbericht des IPCC, ein mehrbändiges Unterfangen, das normalerweise Tausende von Forschern über Jahre hinweg mobilisiert, um ein Bild der drohenden Katastrophe zu zeichnen. Die leitende Wissenschaftlerin der NASA Kate Calvin sollte nächste Woche den Vorsitz bei einem internationalen Treffen in Hangzhou in China übernehmen, bei dem der Umfang des Berichts ausgearbeitet werden sollte. Das ist nun vom Tisch, und das Treffen selbst hängt in der Schwebe – die Organisatoren müssen sich fragen, wie sie ohne einen ihrer Hauptakteure weitermachen sollen.

„Dr. Calvin wird nicht zu diesem Treffen reisen“, sagte ein NASA-Sprecher. Die NASA lehnte eine Anfrage von CNN für ein Interview mit

Calvin ab. – [Quelle](#)

Ein ungenannter Wissenschaftler, der an den Bemühungen beteiligt ist, sagte gegenüber CNN, dass er sich nicht sicher sei, was dies für die geplante Arbeit bedeute. Man kann sich vorstellen, dass die Ungewissheit ein wenig mehr schmerzt, wenn man seine ganze Karriere an den IPCC-Wagen gehängt hat.

Die an dem Bericht beteiligte Person sagte CNN, sie sei „nicht sicher, was dies für die geplante Arbeit in der Zukunft bedeutet oder ob US-Wissenschaftler an der Abfassung der IPCC-Berichte teilnehmen werden.“ – [Quelle](#)

Die USA sind seit jeher eine tragende Säule des IPCC und stellen nicht nur Talente zur Verfügung, sondern auch einen beträchtlichen Teil des Budgets, das benötigt wird, um die Maschinerie am Laufen zu halten. Diese Berichte – vollgepackt mit Warnungen vor steigenden Temperaturen, schmelzenden Eiskappen und „tödlichen, kostspieligen Folgen“ – waren das Fundament der globalen Klimapolitik, vom Pariser Abkommen (das Trump gleich am ersten Tag seiner Amtszeit aufkündigte) bis hin zu endlosen Runden von UN-Gipfeln. Die Schlagkraft des IPCC hängt von seiner Fähigkeit ab, Autorität zu vermitteln, und die amerikanische Beteiligung hat ihm einen Hauch von Glaubwürdigkeit verliehen. Ohne diesen Glanz läuft der Bericht 2029 Gefahr, wie ein dünnerer, weniger überzeugender Schatten seiner Vorgänger zu wirken. Der Klimabefürworter Harjeet Singh besteht darauf, dass der IPCC „unvoreingenommen“ und „evidenzbasiert“ bleibt, und beklagt den Verlust der US-amerikanischen Zusammenarbeit. Skeptiker könnten unterdessen anmerken, dass ein Gremium, das dazu neigt, Alpträume aus Computermodellen über reale Daten zu stellen, eine Verschnaufpause gebrauchen könnte – oder zumindest einen Realitätscheck.

„Der IPCC ist das Rückgrat der globalen Klimawissenschaft und versorgt die Welt mit unvoreingenommenen, evidenzbasierten Erkenntnissen, die für die Bewältigung der Klimakrise notwendig sind“, sagte Harjeet Singh, ein Klima-Alarmist und Gründungsdirektor der Satat Sampada Climate Foundation.

„Die Entscheidung, US-Wissenschaftler auszuschließen, untergräbt diese gemeinsamen Bemühungen und gefährdet den Prozess in einer Zeit, in der robuste Klimamaßnahmen notwendiger sind denn je“, sagte er in einer Stellungnahme gegenüber CNN. – [Quelle](#)

Dies ist nicht Trumps erstes Rodeo mit der Klimabewegung. Sein Ausstieg aus dem Pariser Abkommen im Jahr 2017 (und erneut im Jahr 2025) hat den Ton angegeben, und dieser jüngste Schritt unterstreicht diese Skepsis noch einmal. Das Timing sorgt für zusätzliche Ironie: Gerade als sich der Weltklimarat auf sein Treffen in Hangzhou vorbereitete, zog die Regierung den Stecker, ließ Calvin außen vor und brachte den Prozess durcheinander. Es ist eine trockene Art von poetischer Gerechtigkeit für diejenigen, welche die Erfolgsbilanz des IPCC seit langem in Frage

stellen – man denke nur an Hockeyschläger-Grafiken, die bei genauerer Betrachtung wackeln, an Himalaya-Gletscher, die sich weigern, auf Kommando zu verschwinden, oder an Kipp-Punkte, die immer wieder über ihre Fristen hinaus kippen. Die Gruppe ist natürlich nicht tot; sie wird mit allem weitermachen, was sie von Europa, China und den üblichen Verdächtigen auftreiben kann. Aber ohne Onkel Sams Gütesiegel und tiefe Taschen könnte das Endprodukt weniger Einfluss haben – und das ist eine Aussicht, die es wert ist, genossen zu werden.

Für den IPCC wird der vor ihm liegende Weg noch holpriger. Wenn das Treffen in Hangzhou stattfindet, wird eine wichtige Stimme fehlen, und die jahrelange Durststrecke bis 2029 wird zeigen, wie gut die Organisation mit einer schlankeren Diät funktionieren kann. Trumps Entscheidung demontiert die Klimamaschine zwar nicht vollständig, aber sie nimmt ihr einen Teil ihrer Pferdestärken. Diejenigen, die jahrzehntelang damit verbracht haben, die Darstellung des IPCC zu durchlöchern, können sich zurücklehnen und den Fallout mit einem stillen Grinsen beobachten. Die Alarmisten werden zweifelsohne über „Leugnung“ und „Sabotage“ schimpfen, aber dem Oval Office dürfte das kaum schlaflose Nächte bescheren. Und uns, offen gesagt, auch nicht.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/02/22/trump-cuts-u-s-scientists-loose-from-ipcc-report-climate-juggernaut-takes-a-hit/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Falsch, *Politico*, der Klimawandel bedroht nicht das Überleben der EU, wohl aber die Klimapolitik

geschrieben von Chris Frey | 26. Februar 2025

[Linnea Lueken](#)

In einem kürzlich erschienenen [Politico-Artikel](#) mit dem Titel „Climate change threatens EU’s survival, German security report warnings“ [etwa: Der Klimawandel bedroht das Überleben der EU, warnt ein deutscher Sicherheitsbericht] wird behauptet, dass „die globale Erwärmung Konflikte, Hunger und Migration weltweit verschärfen wird, mit wachsenden Risiken für Europa“. Diese Behauptungen werden durch Beweise widerlegt. In Wirklichkeit leidet die Welt nicht unter einer

Destabilisierung aufgrund des Klimawandels, sondern viel eher wird die europäische Bevölkerung unter der Klimapolitik leiden, wie Politico kurz erwähnt.

Politico berichtet über einen „bahnbrechenden“ politischen Bericht des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND), der versucht, „die Gefahren des Klimawandels für die deutsche und europäische Sicherheit in den nächsten 15 Jahren zu bewerten“. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass „die destabilisierenden Auswirkungen des Klimawandels die Migration und die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben werden und wirtschaftliche und politische Umwälzungen drohen“, und dass „die ungleichen Auswirkungen der steigenden Temperaturen in der EU – wobei die südlichen Länder stärker betroffen sind als andere – den Block auseinander zu reißen drohen“.

Politico behauptet weiter, dass mit dem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur „auch die Häufigkeit, Schwere und Intensität von Überschwemmungen auslösenden extremen Regenfällen, tödlichen Hitzewellen, erntezerstörenden Dürren und die Bedingungen, unter denen sich Waldbrände leicht ausbreiten, zunehmen“.

Diese Behauptungen sind durchweg falsch, wie sämtliche verfügbaren Daten beweisen.

Während die Niederschläge in den nördlichen Breitengraden, in denen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegen, leicht zugenommen haben, ist dies bei den extremen, Überschwemmungen verursachenden Niederschlägen nicht der Fall. Behauptungen, dass die jüngsten Überschwemmungen durch den Klimawandel „verstärkt“ oder verschlimmert wurden, sind reine Spekulationen auf der Grundlage von Zuordnungsmodellen. Daten und historische Aufzeichnungen über die Häufigkeit und Schwere von Überschwemmungen widerlegen die Behauptung, dass es noch nie so viele Überschwemmungen gegeben hat. Die jüngsten Überschwemmungen in Spanien beispielsweise wurden von den Verursachergruppen dem Klimawandel zugeschrieben, aber der Sturm, der Spanien heimsuchte, entsprach einer langen Geschichte ähnlicher Stürme, die nicht schwerer oder häufiger werden. In dem [Beitrag](#) bei Climate Realism „Flooding Facts Drowned by Climate Hysteria: The BBC Ignores Spain’s Weather History“ [etwa: Fakten zu Überschwemmungen werden durch Klimahysterie ertränkt: Die BBC ignoriert Spaniens Wettergeschichte] beschreiben die Meteorologen Anthony Watts und H. Sterling Burnett die Geschichte der von den Überschwemmungen betroffenen Region:

„Valencia, das an der Mündung des Turia-Flusses in das Mittelmeer liegt, wurde beispielsweise 1897, 1957 und 1996 von ähnlichen Überschwemmungen heimgesucht, also vor 127, 67 bzw. 28 Jahren der Erwärmung, als die Temperaturen niedriger lagen als heute.

...“

Wie Caroline Angus’ Bericht über die Überschwemmung in Valencia 1957

zeigt, sind diese Bedingungen weder neu noch beispiellos. Die Fokussierung der BBC auf den „Klimawandel“ und eine wärmere Atmosphäre als Hauptursache für die jüngsten Überschwemmungen ignoriert die atmosphärischen Prozesse, die diesen Stürmen zugrunde liegen, und spielt das wiederkehrende Muster ähnlicher Naturereignisse herunter.

Ebenso hat Climate Realism andere regionale europäische Überschwemmungsereignisse [entlarvt](#).

[Hitzewellen](#) und [Dürren](#) werden ebenfalls nicht schlimmer, und entgegen den Behauptungen von Politico und dem deutschen Bericht geht die Getreideproduktion in Europa aufgrund dieser Bedingungen nicht zurück, wie in zahlreichen Beiträgen zum Thema Klimarealismus dargelegt wurde, z. B. [hier](#) sowie [hier](#) und [hier](#). Auch die Waldbrände sind weltweit [rückläufig](#).

Interessanterweise räumen Politico und der deutsche Bericht ein, dass die Reaktion der Regierung auf den Klima-Alarmismus ebenfalls zu Spannungen führen kann. Politico berichtet, dass politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels „zu Spannungen führen werden, da die Bepreisung von Kohlenstoff – das Rückgrat der EU-Klimabemühungen – unverhältnismäßig stark ärmere Haushalte betrifft“. Diese Tatsache sollte jedem klar sein. Kohlenstoffpreise stören die Eliten nicht, die sich höhere Energiepreise leisten können.

Politico und die Autoren des Berichts warnen auch davor, dass „die Kosten der Dekarbonisierung und ihre (gefühlte) ungerechte Verteilung ... Raum für Populismus, Rechts- und Linksextremismus und Desinformations-Kampagnen bieten [...]“.

Diese Behauptung sollte weiter ausgeführt werden, denn sie hat bereits zu Spannungen geführt und zu einer wachsenden Bedrohung der europäischen Lebensmittelversorgung beigetragen, was zu häufigen Massenprotesten der [Landwirte](#) in mehreren Ländern führte. Und nicht nur das, es ist nicht nur eine Wahrnehmung, dass die Verteilung der Kosten ungerecht ist, es ist eine Tatsache. Abgesehen von der Kohlenstoffsteuer ist die Förderung von Elektrofahrzeugen eine Subvention für ein Luxusprodukt, das sich die meisten nicht leisten können. Londons „Ultra Low Emission Zones“ ([ULEZ](#)) sind im Grunde eine Steuer für die Armen, die sich den Kauf neuer Elektro- oder emissionsarmer Hybridfahrzeuge nicht leisten können.

Was für Europa in Bezug auf die Pflanzenproduktion gilt, gilt auch für andere wichtige Pflanzen produzierende Teile der Welt, so dass der Klimawandel keine Massenmigration auslöst oder wahrscheinlich auslösen wird, die Europa destabilisieren könnte. Climate Realism hat in mehreren Beiträgen Behauptungen widerlegt, dass der Klimawandel eine Massenauswanderung verursacht, z. B. [hier](#) sowie [hier](#) und [hier](#).

Wenn Politico und die deutsche Regierung besorgt sind, dass „Populismus“ und rechtsgerichtete Sympathien in ihren Ländern aufgrund von Sorgen über Masseneinwanderung aus instabilen Teilen der Welt zunehmen, dann

könnten sie vielleicht Zuwanderungs-Beschränkungen verhängen und müssten nicht den Klimawandel dafür verantwortlich machen.

Es ist beschämend, dass Politico und die deutsche Regierung den Schaden herunterspielen, den die unnötige, ungerechtfertigte Klimapolitik, die sie unterstützt haben, für die Europäer bedeutet. Die Wetterextreme werden nicht schlimmer, aber die Auswirkungen der staatlichen Überregulierung und Besteuerung im Namen des Klimawandels sehr wohl.

Link:

<https://climaterealism.com/2025/02/wrong-politico-climate-change-does-not-threaten-the-eus-survival-but-climate-policy-does/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE